

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

"Sicherer Hafen" München: Die menschengerechte Unterbringung der Geflüchteten ist nicht verhandelbar!

Eingebracht von Andrei Yagoubov

Antrag Nr. 78-23-26

Vollversammlung vom 28.04.2025

I. Antrag:

Der Migrationsbeirat verurteilt im Rahmen der Suche nach neuen Unterkünften für Geflüchtete die populistischen Debatten in der Gesellschaft und im Stadtrat. Wir bitten den Oberbürgermeister, sich nicht dem Druck der populistischen Kräfte zu beugen und für ausreichende Kapazitäten in Flüchtlingsunterkünften unter menschenwürdigen Umständen zu sorgen.

II. Begründung:

Mit der Selbsterklärung zum "sicheren Hafen" in 2019 hat die Stadt sich verpflichtet, Menschen in Not aufzunehmen und gegen die populistische Rhetorik von Rechts anzukämpfen. So besagt die Anforderung 8 an "sicheren Häfen":

"Zu einem Sicheren Hafen gehört für uns, dass die Kommune für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.¹"

Jetzt, fast 6 Jahren später, mehren sich Berichte über Proteste aus der Bevölkerung gegen Flüchtlingsunterkünften, teilweise unterstützt von demokratischen Parteien, die im Stadtrat sitzen, Bezirksausschussbeschlüssen gegen den Bau von Unterkünften, Drohungen gegen Menschen, die ihre Flächen für den Bau von Unterkünften zur Verfügung stellen wollen und Aussagen von Stadträt*innen, die von einer angeblichen Erreichung von Integrationsgrenzen reden. Aber auch durch Druck aus der Landesregierung, zum Beispiel durch die Kürzung von Mitteln für Hotelzwischenunterkünften wird die Unterbringung immer schwieriger. Und nicht zuletzt die drohende massive Verschärfung der Asylpolitik die im vorläufigen Koalitionsvertrag festgehalten wurde.

Diese gesamte Entwicklung ist für uns als Migrationsbeirat nicht hinnehmbar. Gerade in dieser Zeit, in der die populistischen Stimmen immer lauter werden, muss die Stadt umso stabiler für unsere Werte der Menschlichkeit eintreten, und sich dem Druck von Rechts nicht beugen. Insbesondere ist es für uns nicht hinnehmbar, wenn dieser Druck von demokratischen Parteien verstärkt wird. München muss ein klares Zeichen der Solidarität senden und überdies dafür Sorge tragen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich hier willkommen fühlen, denn eins ist auch klar: Jede

¹ <https://www.seebruecke.org/sichere-haefen/forderungen>

Verschärfung des Diskurses gegen Geflüchteten ist am Ende auch ein Angriff auf alle Menschen mit Migrationsgeschichte und wird dazu beitragen, dass München auch in Zukunft auf den hintersten Plätzen bei den Umfragen für Expats und Menschen mit Migrationsgeschichte, welche Städte denn am Lebenswertesten sind, landen wird.²

Denn wir haben den Platz und die Möglichkeiten in unserer reichen Stadt, trotz Haushaltskrise, die Anforderungen an einen "sicheren Hafen" umzusetzen und die rund 3600 neue Geflüchteten pro Jahr menschenwürdig unterzubringen und ihnen eine langfristige Perspektive zu bieten, ganz unabhängig, aus welchen Gründen und auf welchem Weg sie hierhin geflohen sind. Die Angst vor rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Kräften darf uns nicht daran hindern, dies zu tun.

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellvertretender Vorsitzender

² <https://www.internations.org/expat-insider/2024/best-cities-for-expats-40486#external>